DIGITALES ARCHIV

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Book

Mehr oder weniger? : Wachstumskritik von links

Provided in Cooperation with:
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin und Brüssel

Reference: (2014). Mehr oder weniger? : Wachstumskritik von links. Berlin : Rosa-Luxemburg-Stiftung.

This Version is available at:
http://hdl.handle.net/11159/3362

Kontakt/Contact
ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft/Leibniz Information Centre for Economics
Düsternbrooker Weg 120
24105 Kiel (Germany)
E-Mail: *rights[at]zbw.eu*
https://www.zbw.eu/econis-archiv/

Standard-Nutzungsbedingungen:
Dieses Dokument darf zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Sofern für das Dokument eine Open-Content-Lizenz verwendet wurde, so gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

https://zbw.eu/econis-archiv/termsofuse

Terms of use:
This document may be saved and copied for your personal and scholarly purposes. You are not to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. If the document is made available under a Creative Commons Licence you may exercise further usage rights as specified in the licence.

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

MATERIALIEN

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Redaktionsgruppe Degrowth (Hrsg.)

MEHR ODER WENIGER?

WACHSTUMSKRITIK VON LINKS

INHALT

Redaktionsgruppe Degrowth
Mehr oder weniger?
Die Last der Linken mit dem Wachstum 3

Norbert Reuter
Wachstum oder Nichtwachstum – ist das die Frage? 5

Christa Wichterich
Im Kleinen das Große beginnen 9

Tadzio Müller
Ist Wachstumskritik gleich Kapitalismuskritik? 14

Kristina Dietz
Nord-Süd-Dimensionen der Wachstumskritik 18

Zum Weiterlesen 22

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 23

Redaktionsgruppe Degrowth

MEHR ODER WENIGER?

DIE LAST DER LINKEN MIT DEM WACHSTUM

Das mit der Wachstumskritik ist schon eine schwierige Sache für die Linke. Wie formulierte noch Alexis Tsipras von Syriza unter großem Applaus auf dem Parteitag der LINKEN im Mai in Berlin: Eine «Gesellschaft der Gerechtigkeit, der Solidarität und des Wachstums» müsse als linkes Konzept der herrschenden EU-Politik entgegengestellt werden.

Viele Linke rufen – zumindest dann, wenn es hart auf hart kommt – eher nach mehr, nicht nach weniger Wachstum: mehr Jobs, mehr Sozialleistungen, mehr «Entwicklung». So beispielsweise auch Martin Khor, der Chef des renommierten, wenngleich wegen seiner Nähe zur chinesischen Regierung nicht unumstrittenen South Centre mit Sitz im thailändischen Bangkok. Er betont immer wieder das «Recht auf Entwicklung» der Staaten des globalen Südens – was unter gegebenen Bedingungen ein Recht auf wirtschaftliches Wachstum bedeutet. Das langfristige Ziel eines nachhaltigen Entwicklungsmodells wird dabei den Bedürfnissen großer Teile der Wählerschaft nach Verteilungsgerechtigkeit nachgeordnet. Ein durchaus verständliches Vorgehen angesichts weitverbreiteter Armut – und zugleich äußerst problematisch. Aus der Perspektive einer radikal wachstumskritischen Bewegung sind solche Politikansätze nichts anderes als ein Weiterdrehen an der Wachstumsspirale.

Gleichwohl gibt es ein allgemeines Unbehagen, wenn dem Wirtschaftswachstum oberste *politische* Priorität eingeräumt wird: Die unterstellte Erwartung, dass sich damit beinahe jedes Problem bewältigen ließe und sich deshalb fast alle anderen gesellschaftlichen Belange unterzuordnen hätten, ruft Widerstand hervor. Dies zeigt sich in nahezu allen weltanschaulichen Grundrichtungen und ihren jeweiligen Institutionen. Die Auseinandersetzung mit der Wachstumsproblematik stellt derzeit vor allem für junge Menschen einen Ausgangspunkt von Politisierung und politischer Aktivierung dar. Wer dies als bloße Mode abtut, die ebenso schnell vergehe, wie sie an Attraktivität gewann, wird sich noch über dieses Missverständnis ärgern dürfen.

Ökologische Kritiken weisen seit Langem auf die «Grenzen des Wachstums» hin und lenken den Blick auf die Auswirkungen des vermeintlich ewigen Wirtschaftswachstums, mit all den Instabilitäten und Katastrophen, die eine unveränderte Politik bereits jetzt nachdrücklich infrage stellen. Katastrophen übrigens, die mitnichten alle Menschen gleich betreffen. Wir sitzen zwar im selben Boot, aber auf verschiedenen Decks: Die Ärmsten, die am wenigsten zum Überschreiten dieser Grenzen beigetragen haben, sind am härtesten betroffen.

Mit Blick auf diese Herausforderungen lassen sich große Überschneidungen zwischen linken, feministischen und wachstumskritischen Positionen erkennen. Bei Menschen, die für die Rosa-Luxemburg-Stiftung oder in ihrem politisch-gesellschaftlichen Umfeld arbeiten, gibt es verschiedene kritische Perspektiven auf sozialökologischen Umbau. Dabei spielt eine mögliche Transformation gegenwärtiger kapitalistischer Gesellschaftsstrukturen im Sinne eines demokratischen Sozialismus eine zentrale Rolle. Entsprechend stehen sozialökologische Ansätze der Gesellschaftsanalyse und Weiterbildung im Zentrum, die auf einer kritischen Verbindung von politischer Ökonomie und Ökologie basieren. Das ist beispielsweise der Fall bei einer «Ökono-

mie des Ganzen» oder auch dem «vorsorgenden Wirtschaften», die nicht auf der Vernutzung von unbezahlter Arbeit vorwiegend von Frauen im Bereich von Care, Sorge, Reproduktion beruhen, sondern nach einer neuen gesellschaftlichen Arbeitsteilung hinsichtlich der sozialen *und* ökonomischen Reproduktion von Gesellschaft fragen. Dazu gehört auch der Blick auf soziale Praxen, die bereits utopische Momente eines anderen Wirtschaftens umzusetzen versuchen, etwa in Form von Energiegenossenschaften in Deutschland, Praxen lokaler Communities unter Vorzeichen des *buen vivir* in Lateinamerika oder Netzwerken solidarischer Ökonomie, um nur einige wenige Beispiele zu nennen. Solche Ansätze weiterzuverfolgen, ist umso wichtiger, da die komplexen globalisierten Auswirkungen kapitalistisch-industrieller Produktions- und Lebensweisen alle Menschen betreffen. Ein vom globalen Norden wesentlich geprägter Lebensstil unterwirft sich die Arbeit von vielen – mit Ungleichheitseffekten im globalen Norden und Süden, solange nach wie vor vorwiegend auf fossilistische Strategien der Energiegewinnung gesetzt wird, also auf ein Modell, das Raubbau an den Ressourcen betreibt. Es ist an der Zeit, die grundlegenden Parameter dieser Produktions- und Lebensweise zu verändern!

Klar ist aber auch: Die eine und allein gültige linke Position zum Wachstum gibt es nicht. Die genannten Interessengegensätze machen den Versuch einer einheitlichen Intervention in wachstumskritische Debatten unmöglich; konkrete Impulse für politisches Handeln sind entsprechend rar. Hier fehlt es dem grundsätzlichen Willen zum Wandel an strategischer Unterfütterung: Wer sollte Post-wachstumsstrategien umsetzen – und warum eigentlich? «Linken Ökos» mag es noch vergleichsweise leicht fallen, hierzu Vorschläge zu formulieren. Doch wie steht es mit den Gewerkschaften und ihrem Versuch, eine kohärente Strategie des «qualitativen Wachstums» zu entwickeln? Wie mit den internationalistischen Strukturen, die darauf beharren müssen, dass im globalen Süden bestimmte Formen und ein gewisses Ausmaß von Wirtschaftswachstum weiterhin notwendig sind?

Die Auseinandersetzung mit der Wachstumsproblematik stellt derzeit vor allem für junge Menschen einen Ausgangspunkt von Politisierung und politischer Aktivierung dar. Wer dies als bloße Mode abtut, die ebenso schnell vergehe, wie sie an Attraktivität gewann, wird sich noch über dieses Missverständnis ärgern dürfen.

Damit diese Diskussionen nicht nur im Feuilleton wahrgenommen werden und aus den Analysen bestehender Widersprüche auch in der Praxis Perspektiven zur Überwindung der diversen Missstände erwachsen können, will die Rosa-Luxemburg-Stiftung die unterschiedlichen Ansätze zusammenbringen und diskutieren.

Die Auseinandersetzung mit konservativen und neoliberalen Artikulationen wachstumskritischer Affekte ist dabei ein zentraler Ansatzpunkt. Wir bewegen uns, wenn auch nicht mehr am Anfang, so doch auch noch lange nicht am Ende einer umfassenderen Diskussion, die eine Reihe linker Grundsätzlichkeiten noch gehörig erschüttern dürfte. Wenn wir klug und fair miteinander diskutieren, können wir daran wachsen. Und *dieses* Wachstum wäre völlig in Ordnung.

Norbert Reuter

WACHSTUM ODER NICHTWACHSTUM – IST DAS DIE FRAGE?

«Wachstum» gilt gemeinhin als zentraler Auslöser globaler Probleme wie Erderwärmung, Anstieg der Meeresspiegel, Umweltkatastrophen, Artensterben und Extremwetter. Daher kann es auch nicht verwundern, dass Wachstumskritik an Breite und Schärfe gewinnt. Gelegentlich scheint es sogar so, als ob die Beantwortung der Frage «Wie hältst du es mit dem Wachstum?» darüber entscheidet, ob jemand als Mitkämpfer oder Gegner wahrgenommen wird. Vor diesem Hintergrund haben es gerade die Gewerkschaften schwer, als Mitstreiter einer sozialökologischen Wirtschaftswende akzeptiert zu werden, gelten sie doch gemeinhin als Befürworter wirtschaftlichen Wachstums.

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts – Indikator wofür?

Mit «Wachstum» ist in aller Regel das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gemeint. Dabei sind das BIP und seine Veränderung ein denkbar schlechter Indikator, um Aussagen über Nachhaltigkeit und die sozialökologische Qualität der Entwicklung machen zu können. So werden etwa große Teile der tatsächlich erbrachten Leistung gar nicht berücksichtigt, weil sie nicht über den Markt laufen. Würden unbezahlte Tätigkeiten in privaten Haushalten, in politischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen oder in Ehrenämtern bewertet und erfasst, läge das gemessene BIP in Deutschland um über ein Drittel höher, ohne dass die Realität hiervon berührt würde.

Kommt es zu Verlagerungen zwischen Markt und nicht kommerziellem Bereich, kann eine reine Betrachtung der BIP-Entwicklung sogar zu völlig falschen Schlüssen führen: Wenn etwa wegen der zunehmenden Berufstätigkeit von Frauen mehr Dienstleistungen (wie in den USA) nachgefragt werden, wächst das BIP, obwohl lediglich eine Verlagerung vom (nicht erfassten) privaten in den (erfassten) Marktbereich stattfindet. Aus ökologischer Sicht wäre dieses Wachstum aber zu begrüßen, weil Essen in der Kantine oder Waschen durch die Wäscherei tendenziell weniger umweltbelastend als die individuelle Essenszubereitung bzw. die individuelle Wäsche ist. Umgekehrt würde sich ein Rückzug des Sozialstaates mit Leistungsreduktionen in einem niedrigeren Wachstum, möglicherweise sogar einem zurückgehenden BIP niederschlagen. Die Konsequenz wäre aber aller Voraussicht nach eine Ausweitung unbezahlter Sorgearbeit, um soziale Härten zu vermeiden oder abzumildern. Trotz Rückgang des erfassten Wachstums bzw. sogar des BIP wäre diese Entwicklung aus sozialökologischer Sicht aber keineswegs ein Fortschritt. Diejenigen Leistungen, die erfasst werden, gehen jedoch völlig unterschiedslos in das BIP ein: Der Bau einer Windkraftanlage oder die Einstellung von LehrerInnen oder ErzieherInnen steigern das BIP genauso wie die Beseitigung von Umweltschäden.

Bereits hier zeigt sich, dass Forderungen nach Rückgang des Wachstums – jedenfalls soweit sie nicht durch qualitative Vorgaben unterlegt sind – noch sehr im alten BIP-Denken verhaftet sind. Letztlich sind sie nur auf eine Veränderung des Vorzeichens des überkommenen Indikators BIP gerichtet. Wichtige Fragen wie die Probleme der Erfassung, der Qualität und strukturelle Defizite des Wirtschaftens bleiben so ausgeklammert.

Eine gute Illustration bietet die jüngste Eurokrise. Ausgelöst durch Turbulenzen auf den Fi-

nanzmärkten kam es zu einem umfassenden Rückgang des BIP im gesamten Euroraum. Die Wirtschaft schrumpfte hier allein im Jahr 2009 um über vier Prozent, in einzelnen Ländern, darunter auch Deutschland, war der Einbruch sogar noch größer. Während Deutschland diesen Rückgang schnell überwinden konnte, schrumpfte vor allem die griechische Wirtschaft dramatisch. Bis heute verzeichnet das griechische BIP einen Rückgang von über 20 Prozent. Die Folgen sind dramatisch: hohe Arbeitslosigkeit, Verarmung, Verfall der Infrastruktur, Perspektivlosigkeit einer ganzen Generation, um nur einige der schlimmsten Folgen zu nennen. Daher würde auch niemand auf die Idee kommen, diesen Verlauf zum Vorbild einer anzustrebenden sozialökologischen Entwicklung zu erklären.

«Degrowth» – ein vieldeutiger und missverständlicher Begriff

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass ein sinkendes BIP, also ein «Negativwachstum», keine hinreichende Bedingung einer wünschenswerten sozialökologischen Transformation ist. Insofern sollte unter dem neuen Begriff «Degrowth» – auch wenn es terminologisch naheliegt und offensichtlich vielfach auch so gesehen wird – nicht einfach Wachstumsrückgang, Negativwachstum oder Schrumpfung des BIP verstanden werden. Die damit verbundene begriffliche Vorwegnahme des erwarteten Ergebnisses eines umfassenden Transformationsprozesses greift zu kurz, denn Schrumpfung *und* Expansion müssen Kernbestandteile eines solchen Umbauprozesses sein. Bereits die «Declaration of Degrowth» der ersten Degrowth-Konferenz 2008 in Paris betonte, dass der Ansatz ein umfassender sein muss. Neben der Betonung qualitativer Aspekte wie Lebensqualität, Gesundheit, Selbstbestimmung wurde auch auf die Notwendigkeit zusätzlicher wirtschaftlicher Aktivitäten verwiesen, etwa um die Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen zu gewährleisten. Auch darf «Wachstum» nicht pauschal mit einer stärkeren Belastung der Umwelt gleichgesetzt werden. Das Wo, Wann, Wieviel und Wofür ist entscheidend. Ein forcierter Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft würde beispielsweise mit einem deutlichen Wachstum von Dienstleistungen einhergehen. Da – nach Berechnung des Statistischen Bundesamts – bei öffentlichen und privaten Dienstleistungen der Primärenergiebedarf nur ein Vierunddreißigstel dessen beträgt, was bei der Metallerzeugung und -bearbeitung an Energie verbraucht wird, beinhaltet dieser Strukturwandel auch eine große Chance, die Umweltbelastung insgesamt zu senken.

Wohlstand statt Wachstum als Ziel

Trotz der parteienübergreifenden Debatten um Probleme, Grenzen und Sinn des Wachstums beherrscht ein undifferenzierter Wachstumsoptimismus die Politik. Hier gilt nach wie vor ein möglichst hohes Wachstum des BIP als vordringliches Ziel. Auch wenn die Ansichten über die Inhalte von Degrowth auseinandergehen und nicht frei von Widersprüchen sind, ist diese Perspektive zweifellos das Gegenteil von Degrowth und sozialökologischer Transformation. Sie ist aber auch das Gegenteil dessen, was Gewerkschaften fordern. Eine sozialökologische Transformation setzt eine Debatte über die inhaltliche Bestimmung von Wohlstand voraus.

Dabei muss zur Kenntnis genommen werden, dass alle reichen Volkswirtschaften von einem dekadenübergreifenden Trend abnehmender Wachstumsraten des BIP gekennzeichnet sind. Gesamtwirtschaftliches Wachstum wird hier also – nicht zuletzt wegen der demografischen Entwicklung – zukünftig eine geringere Rolle spielen. Bereits in der Vergangenheit hat sich aber gezeigt, dass trotz geringer werdender wirtschaftlicher Zuwächse die Ge-

winne und die Vermögenseinkommen weiter deutlich zugelegt haben, sodass für die Beschäftigten und die Mehrheit der Bevölkerung zeitweise sogar reale Einkommensrückgänge zu verzeichnen waren. Hierdurch hat sich die Spaltung der Gesellschaft weiter verschärft. Insofern stellen zu lösende Verteilungsprobleme eine weitere große Herausforderung einer sozialökologischen Transformation dar.

Mit Blick auf die Opfer der letzten Krise – insbesondere die südlichen Euroländer – stellt sich die vordringliche Aufgabe, notwendige wirtschaftliche Zuwächse zur Befriedigung grundlegender Bedürfnisse nach Arbeit, Nahrung, Kleidung, Wohnung, Bildung mit einem umfassenden ökologischen Umbau zu verbinden. Aus diesem Grunde fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) im Rahmen eines europäischen «Marshallplans» beträchtliche Investitionen in nachhaltige Energieerzeugung, in die Reduktion des Energieverbrauchs, in nachhaltige Industrien und Dienstleistungen, in Bildung und Ausbildung, in Forschung und Entwicklung, in moderne Verkehrsinfrastruktur, emissionsarme Städte und Gemeinden und in die Effizienz der öffentlichen Verwaltungen. Damit sind konkrete Aufgabenfelder umschrieben, die Arbeit und Einkommen schaffen und zweifellos auch erst einmal vor allem in den südlichen Krisenländern wieder zu einem deutlich höheren herkömmlichen Wachstum führen würden. Ziel wäre aber etwa die Reduktion von Brennstoffimporten, deren Umfang nach Berechnungen der Europäischen Kommission, in Geld ausgedrückt, jährlich um bis zu 300 Milliarden Euro geringer würde – was nicht nur die Umwelt, sondern auch die nationalen Haushalte entlasten würde. Insofern sind Marshallplan und eine Degrowth-Orientierung keine Gegensätze. Ziel ist der sozialökologische Umbau, mit Blick auf die südlichen Krisenländer zweifellos aber erst einmal auch ein sozialökologischer Aufbau.

Sozialökologische Transformation

Eine Fokussierung auf (qualitative) Entwicklung statt (quantitatives) Wachstum ist offensichtlich unumgänglich. Vor allem darf eine bloße Steigerung des BIP kein Ziel der Wirtschaftspolitik mehr sein. In der Vergangenheit wurde genau dies aber immer wieder durch auf Deregulierung, Flexibilisierung und Liberalisierung zielende politische Maßnahmen zwecks Befreiung wachstumstreibender Marktkräfte versucht. Ein Beispiel ist das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das Ende 2009 vom Deutschen Bundestag verabschiedet wurde. Mit ihm wurden steuerliche Sofortmaßnahmen umgesetzt, die wieder zu mehr Wachstum führen sollten. Zu solchen Maßnahmen, die auf ein stetiges Wachstum abzielen, ist die Politik in Deutschland sogar verpflichtet. So steht es immer noch im «Stabilitäts- und Wachstumsgesetz» aus dem Jahr 1967, das das Staatsziel des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts in Artikel 109 des Grundgesetzes konkretisiert. Deshalb wäre dieses Gesetz schnellstmöglich in ein «Stabilitäts- und Entwicklungsgesetz» bzw. «Wohlstands- und Entwicklungsgesetz» umzuformulieren. Sobald nicht mehr Wachstum, sondern eine wohlstandssteigernde Entwicklung das Ziel ist, ergäbe sich die Notwendigkeit, die Bedingungen einer solchen Entwicklung in ei-

Das Wo, Wann, Wieviel und Wofür ist entscheidend. Ein forcierter Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft würde beispielsweise mit einem deutlichen Wachstum von Dienstleistungen einhergehen.

nem demokratischen Prozess zu definieren («Welche Gesellschaft wollen wir?»). Eine Bekämpfung der massiven Ungleichverteilung, die Stärkung des Sozialstaats, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Abbau der nach wie vor bestehenden Massenarbeitslosigkeit, die Festlegung von Grenzen für den Ressourcenverbrauch und den CO_2-Ausstoß, aber auch die Stärkung von Effizienz (höhere Ressourcenproduktivität, Dematerialisierung), Konsistenz (Naturverträglichkeit, Qualität) und Suffizienz (Selbstbegrenzung, Maßhalten) würden auf der politische Agenda ganz nach oben rücken.

In einem zweiten Schritt müssten dann die notwendigen politischen Maßnahmen («Leitplanken») diskutiert und festgelegt werden, mit denen die verabredeten Ziele erreicht werden können. Während dies vor allem für Südeuropa der erwähnte Marshallplan sein könnte, würde dies bei uns etwa eine alternative Steuer- und Abgabenpolitik zur Bekämpfung der wachsenden Verteilungsungleichheit und zur Stärkung der Energiewende bedeuten, eine andere Arbeitsmarktpolitik für mehr gute Arbeit statt Billigjobs oder höhere öffentliche Ausgaben für eine bessere Bildung und Gesundheitsversorgung.

Eine derartige demokratische Gestaltung würde zu einem neuen Wirtschaften führen. Einzelne Bereiche müssten dazu zweifellos wachsen, andere schrumpfen. Zum Beispiel würde ein wachsender öffentlicher Nahverkehr einem schrumpfenden Individualverkehr gegenüberstehen oder einer umfassenden Gebäudedämmung ein sinkender Energieeinsatz. Der Politik käme die gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu, für wegfallende Arbeitsplätze in schrumpfenden Bereichen Ersatzarbeitsplätze in anderen Bereichen zu schaffen.

Insofern sollte unter dem neuen Begriff «Degrowth» – auch wenn es terminologisch naheliegt und offensichtlich vielfach auch so gesehen wird – nicht einfach Wachstumsrückgang, Negativwachstum oder Schrumpfung des BIP verstanden werden.

Diese inhaltliche Qualifizierung der wirtschaftlichen Entwicklung würde die fragwürdige Orientierung am Indikator BIP überwinden. Ob Letzterer dann «Wachstum» oder «Nichtwachstum» ausweist, wäre nicht mehr die Frage – und auch unerheblich. Alternative Indikatoren zur Umweltqualität, zur Verteilung, zum Arbeitsmarkt, zur sozialen Entwicklung etc. würden in den Mittelpunkt rücken. Vielleicht sollte dann auch der Begriff Degrowth, der stark auf die überkommene Kategorie des BIP bezogen ist, einer mehr inhaltlich bestimmten Kategorie Platz machen. Einstweilen würde sich hierfür der Begriff der sozial-ökologischen Transformation anbieten.

Christa Wichterich

IM KLEINEN DAS GROSSE BEGINNEN

Frauen ziehen Rüben im interkulturellen Garten, Männer organisieren freie Software – auch bei der Nutzung von Gemeingütern halten sich geschlechtsspezifische Zuordnungen bisweilen hartnäckig. Die Zweiteilung von Produktion und Reproduktion lässt sich durch kleine Transformationen von Geschlechtermustern und -verhältnissen überwinden.

Die Vielfachkrise hat die zerstörerische Dynamik der Wachstumsdoktrin im neoliberalen Kapitalismus deutlich gemacht und Forderungen nach einer Großen Transformation verstärkt. Derzeit kursieren in Politik und Wissenschaft allerdings eine Menge konkurrierender Transformationsbegriffe und -konzepte. Die ProtagonistInnen einer Green Economy behaupten einen Paradigmenwechsel, verschieben jedoch Investitionen und Jobs nur von den braunen in grüne Sektoren, ohne das Wachstumsprinzip infrage zu stellen. Der Umweltbeirat der Bundesregierung (WBGU) fordert einen neuen Weltgesellschaftsvertrag für einen Umbau der kohlenstoffbasierten globalen Ökonomie. Der «gestaltende Staat» und wissenschaftliche Erkenntnisse zur Nachhaltigkeit sollen hier zentrale Garanten für die Suche nach der postfossilen Gesellschaft auf Grundlage des «Vorsorgeprinzips» sein.
Feministische Transformationsdiskurse finden in den Konzepten der Großen Transformation selten Beachtung, auch wenn von der Inklusion der Frauen und einer Kultur der Teilhabe die Rede ist. Feministisches Nachdenken über Umbau, Weichenumstellungen und entsprechende praktische Versuchsanordnungen haben eine andere Richtung als die großen Transformationsnarrative: Sie starten von unten, in den Lebenswelten, den lokalen Mikropraxen und der sozialen Reproduktion, sie beginnen mit dem, was die neoklassische Ökonomie und der Mainstream ausschließen, in Bereichen jenseits von Staat, Markt und Effizienz, jenseits des Homo oeconomicus. Sie starten alternative Praktiken, Übergänge und kleine Transformationen, weil sie weder auf den «gestaltenden Staat» noch auf die Große Transformation warten wollen.
Bei der Rio+20-Konferenz im Juni 2012 protestierten Frauenorganisationen gegen die Kommerzialisierung ihrer Körper, ihres Lebens und der Natur und für eine Überwindung des herrschenden Entwicklungsmodells. Als Teil des zivilgesellschaftlichen Peoples' Summit in Rio de Janeiro schufen sie ein Global Women's Territory, einen Frauenraum, in dem sie mehrere Tage lang fünf Schlüsselthemen diskutierten: Körper, Energie und Ressourcen, Gemeingüter (Commons), Arbeit sowie Ernährung. Dabei nahmen sie den Livelihood-Ansatz wieder auf, der im globalen Süden im Kontext der ersten Rio-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung 1992 entwickelt wurde und in dessen Mittelpunkt die Sicherung der lokalen Existenzgrundlagen einer Gesellschaft steht.

Geerdete Umbau- und Übergangsstrategien

Aus feministischer Perspektive ist die Logik der Sorge die Vernunft, die sich dem großen Trend der Ökonomisierung und der universalisierten Rationalität von Wachstum, Verwertung und Akkumulation entgegenstellt. Ihr Zielhorizont ist das gute Leben oder ein gutes Leben für alle. Das bedeutet zuallererst, Bedürfnisse zu befriedigen, Rechte einzulösen und Zugang zu und Kontrolle über Ressourcen nach der Maßgabe von Gleichheit und Gerechtigkeit zu sichern. Dafür braucht es tatsächlich neue Gesellschaftsverträge, inklusive neuer Geschlechterverträge, die eine transfor-

matorische mit einer emanzipatorischen Perspektive verbinden.
Will man analog zum WBGU in den feministischen Diskursen zentrale Transformationsfelder identifizieren, so sind diese durch drei Eckpunkte markiert: durch eine Umverteilung und Umbewertung von Arbeit, die Sicherung des Öffentlichen und von Gemeingütern sowie durch den Ausstieg aus der Wachstumsspirale von Naturverbrauch, Produktion und Konsum. Diese Eckpunkte – Arbeit, Gemeingüter und das «Genug» – bieten zum einen unmittelbare Anknüpfungspunkte in der aktuellen Vielfachkrise, aus denen sich Richtungsforderungen ableiten lassen. Zum anderen sind sie Bezugshorizonte für Übergangsstrategien auf Basis der Sorgerationalität, um mit der Funktionslogik von Wachstum, Renditemaximierung und Effizienz zu brechen.
Ausgangspunkt feministisch geerdeter Umbaustrategien sind die Krisen der sozialen Reproduktion – wachsende soziale Ungleichheit, Notstand der Altenpflege, fehlende Kindertagesstätten, Unsicherheit der Renten, Burn-out als Volkskrankheit, Bildungs- und Beschäftigungskrise der Jugend, Nahrungsmittelskandale. Diese Vielfachkrise sozialer Reproduktion wie auch die Krisen natürlicher Regeneration schaffen in der Alltagserfahrung ein Bewusstsein darüber, dass die derzeitige Wachstumsökonomie auf Dauer kein gutes Leben und keinen sozialen Wohlstand als existenzielle Sicherheit für alle erzeugt.
Diese Vielfachkrisen sind nicht zu lösen ohne eine Umorganisation aller gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Arbeit ist ein Kernbereich individueller und gesellschaftlicher Alltagspraxis, gleichzeitig materielle Existenzsicherung und soziale Reproduktion im Austausch mit der Natur. Wie Arbeit definiert, geteilt und bewertet wird, unter welchen Umständen mit welchem Ziel und Sinn sie wo geleistet wird, ist aber auch Modus der Vergesellschaftung und der Subjektbildung, einschließlich der Konstruktion von Geschlechtsidentitäten.

Zeitwohlstand durch kürzere Arbeitszeiten

Um Arbeit neu zu organisieren, muss sie zunächst neu definiert werden und unbezahlte und bezahlte, marktförmige und versorgungsorientierte, eben das Ganze von Arbeit einschließen. Auch die Arbeit in der Haushalts- und Subsistenzökonomie, im Schrebergarten und in der Gemeinde, jenseits des Geld- und Effizienzmaßes, alles, was soziale und natürliche Lebensgrundlagen und Umwelt produziert, versorgt, pflegt, erhält und reproduziert, ist als wert- und wohlstandsschöpfend zu betrachten. Die künstliche Zweiteilung von Produktion und Reproduktion und den Vorrang der Produktion vor der Reproduktion gilt es zu überwinden. Das kann aber nur gelingen, wenn viele kleine Transformationen von Geschlechtermustern und -verhältnissen stattfinden.
Ziel einer Um- oder Neuverteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeit ist, durch neue Gesellschafts- respektive Geschlechterverträge sowohl die Erwerbs- als auch die Sorgeverantwortung gleicher und gerechter zu verteilen und zudem Zeitwohlstand zu gewinnen. Eine Verkürzung der wöchentlichen Erwerbsarbeitszeit ist eine Voraussetzung für die Umverteilung von Sorgearbeit und entspricht außerdem dem hohen erreichten Produktivitätsniveau. Denn weniger Arbeitskräfte sind notwendig, um mehr Produkte und Dienstleistungen zu erzeugen. Teilzeiterwerbsarbeit und -sorgearbeit für alle ergeben eine neue Vollzeitbeschäftigung und brechen die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung auf. Gezielte politische Steuerungsmaßnahmen wie die Beseitigung von Frauendiskriminierung auf den Erwerbsmärkten und die Gleichstellung von Männern bei der Sorgearbeit sind dabei unabdingbar. Eine notwendige Rahmenbedingung ist aber auch, dass der Staat Verantwortung für die soziale Sicherheit und Reproduktion übernimmt und mit öffentlichen Einrichtungen und Mitteln eine öffentliche In-

frastruktur zur Daseinsvorsorge bereitstellt. Gleichzeitig ist auch weiter über ein bedingungsloses Grundeinkommen nachzudenken, das jedoch weder eine neoliberale Strategie sein noch die geschlechtshierarchische Zuweisung von Arbeit bestätigen darf.

Eine Neubewertung von Arbeit muss die wachsende Kluft zwischen unterbewerteter und überbewerteter Arbeit – Stichwort Bonizahlungen an BankerInnen und Entlohnung von Beschäftigten in Kindertagesstätten – schließen. Gesellschaftliche Anerkennung von un- und unterbezahlter Sorgearbeit und deren Aufwertung sind derzeit auch eine zentrale Forderung von Frauenorganisationen im globalen Süden. Da der Markt Sorgearbeiten gering schätzt und schlecht bezahlt, weil keine Steigerung ihrer Produktivität und Effizienz möglich ist – das Füttern von Babys und Alten hat ein eigenes Tempo –, muss die Gesellschaft andere Wertmaßstäbe, nämlich politische und nicht marktförmige Kriterien einführen. Das könnte ein Wert für soziale Reproduktion oder natürliche Regeneration sein, ein Gemeinwohl- oder Solidaritätsbonus. Eine Begrenzung der Einkommen von unten und von oben im Sinne von Mindestlöhnen für personennahe Dienstleistungen und Maxieinkommen für ManagerInnen durch Vermögens- und Reichensteuer ist nur ein erster Schritt, um das gesamte Spektrum sozialer Ungleichheit in Bewegung zu bringen. Weitere Schritte könnten vollwertige Anrechte auf soziale Sicherung und Alterssicherung sein, die aus unbezahlter Sorge- und Freiwilligenarbeit ableitbar sind.

Neue Sozialverträge

Wie die Sorge, so müssen auch öffentliche Güter und die Biosphäre vor der Ökonomisierung und Finanzialisierung, dem Poker auf den Finanzmärkten, vor Privatisierung und der Marktkonkurrenz des Homo oeconomicus geschützt werden. Andernfalls entscheiden nicht die BürgerInnen, sondern private KapitaleignerInnen und die Spielregeln des Marktes über das Gemeinwohl und die Umsetzung von Menschenrechten und globalen sozialen Rechten. Die derzeitige staatliche Sparpolitik unterstützt jedoch die Verarmung des Gemeinschaftlichen und die Schrumpfung öffentlicher Güter.

Um Arbeit neu zu organisieren, muss sie zunächst neu definiert werden und unbezahlte und bezahlte, marktförmige und versorgungsorientierte, eben das Ganze von Arbeit einschließen.

In neuen Sozialverträgen werden Gemeingüter von Wissen bis zur Gesundheitsversorgung, von guter Luft bis zu Sportplätzen, von Transportmitteln bis zu Bibliotheken als demokratische Räume und kollektiver Reichtum definiert. Damit positionieren sich Gemeinschaften als politische Subjekte, die selbst regeln und bestimmen, wie Ressourcen genutzt werden. Sie überlassen das Gestalten nicht dem Staat und setzen Kooperation und Gemeinwohl gegen Konkurrenz und Privateigentum.

Das gemeinsame Definieren von Gemeingütern, das demokratische Aushandeln von Nutzungsregeln und die selbstorganisierte Verwaltung im Sinne des Gemeinwohls brechen mit der Logik privater Wohlstandsanhäufung. Auch wenn Gemeingüter nicht automatisch Gleichheit, Gerechtigkeit und erst recht keinen Bruch mit Geschlechterhierarchien garantieren, so verspricht doch das Teilen von Ressourcen, Räumen und Gütern auf der lokalen Ebene, dass mehr Menschen, vor allem auch die sozial schlechter Gestellten, Ressourcenzugang und Nutzen, demokratische Teilhabe und sozialen Ausgleich genießen können. Gemeineigentum verpflichtet auch zu gerech-

teren Geschlechterverhältnissen. Bisher bestehen auch bezüglich der Gemeingüter die herkömmlichen geschlechtsspezifischen Zuordnungen fort: Frauen bauen Gemüse in den interkulturellen Gärten an, Männer organisieren freie Software und 3-D-Drucker.
Die Politik ist gefordert, die öffentliche Infrastruktur der Daseinsvorsorge zu erhalten und auszubauen, statt sie abzuspecken und rigides Sparen als Wachstumsmotor einzusetzen. Gleichzeitig muss sie demokratische Gestaltungsräume in Kommunen ermöglichen, wo kollektives Handeln und Solidarpakte beispielsweise in Form partizipativer Haushalte mit Gender-Budgets greifen und Gemeingüter konstruieren, demokratisch verwalten sowie erhalten können.

Eine Ökologie und Ökonomie des «Genug»

Solche demokratischen Gestaltungsräume sind auch notwendig, um auszuhandeln, was wachsen soll, was schrumpfen muss, wo zu viel und wo zu wenig ist. Es gilt, das Maß neu zu bestimmen. Das «Genug» akzeptiert soziale, ökonomische und ökologische Grenzen und attackiert private Aneignungs- und Akkumulationsinteressen. Der Effizienzlogik, die das Wachstum befeuert, muss eine Suffizienzlogik entgegengestellt werden. Ein Maßstab ist, dass soziale und ökologische Kosten, Risiken und Schäden der Produktion und des Konsums der globalen Mittelschichten nicht länger externalisiert und auf die sozial Schwachen, den globalen Süden und die Natur abgeschoben werden dürfen. Dieser Maßstab knüpft an die jahrelange Kritik an der neoliberalen Globalisierung, an Handels- und Investitionspolitik und an der Ressourcenjagd an. Bisher wird der globale Süden als Reservoir billiger Ressourcen und Arbeitskräfte wie auch als Senke für die Wohlstandsproduktion im Norden vorausgesetzt. Das schreibt das koloniale und imperiale Prinzip des Wohl-Lebens auf Kosten anderer fort. Deshalb steht auch die Aufkündigung des neoliberalen und neokolonialen sogenannten Sozialpakts an, nämlich die Kompensation der Reallohnsenkung im Norden durch Billigprodukte, die auf der Ausbeutung menschlicher und natürlicher Ressourcen im globalen Süden basieren.
Versorgungssektoren wie Daseinsvorsorge, Betreuung, Pflege und soziale Sicherheit, die derzeit schrumpfen, müssen wachsen. Dagegen gilt es, ressourcen-, energie- und emissionsintensive Überproduktionsindustrien im globalen Norden, beispielsweise die Autoindustrie, sozialverträglich zu schrumpfen und destruktive Industrien wie die Rüstungsindustrie zu konvertieren. Um die Verwertungslogik zu schwächen, ist ein Rückbau von Produktions-, Handels-, Finanz- und Konsumstrukturen notwendig mit den Zielen, einerseits Naturverbrauch und CO_2-Emissionen zu reduzieren und andererseits globale soziale Rechte einzulösen.
Gleichzeitig sind auch Räume für solidarische Austausch- und Wirtschaftsformen sowie für bedürfnisorientierte lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe zu öffnen und zu fördern. Welche Bedürfnisse nach dem Rückgewinn

Ausgangspunkt feministisch geerdeter Umbaustrategien sind die Krisen der sozialen Reproduktion – wachsende soziale Ungleichheit, Notstand der Altenpflege, fehlende Kindertagesstätten, Unsicherheit der Renten, Burn-out als Volkskrankheit, Bildungs- und Beschäftigungskrise der Jugend, Nahrungsmittelskandale.

souveräner Produktion und der Zurückweisung der Ökonomisierung und Industrialisierung aller Versorgung auftauchen, artikuliert sich derzeit in Transition-Town-Konzepten, in Formen urbaner Landwirtschaft und neuen Schrebergartenkulturen.
Eine Vielzahl solcher Praktiken und konkreter Übergangsstrategien wird bereits erprobt. Aus einer feministischen Perspektive müssen sie subversiv, transformatorisch und emanzipatorisch zugleich wirken, damit sie der kapitalistischen Wachstums- und Naturbeherrschungslogik Energie entziehen, sie aus dem Takt bringen und Gegenentwürfe ohne Geschlechterhierarchien anstoßen. Diese Pluralität von Akteuren und Praxen, die Umbau und Transitionen im Hier und Jetzt beginnen lassen, bilden bislang jedoch einen Flickenteppich. Die Fragmentierung zu überwinden ist eine große strategische Herausforderung für alle transformativen Kräfte.

Der Beitrag erschien 2013 zuerst in der Zeitschrift *politische Ökologie* 133 (Baustelle Zukunft. Die Große Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft).

ROSALUX 2-2014

NACH DEM WACHSTUM

Debatte um Degrowth und gerechte Verteilung – Wege zum sozialökologischen Umbau der Gesellschaft

Mit den Grenzen kapitalistischen Wirtschaftens, den zerstörerischen Folgen des immanenten Wachstumszwangs und der schwierigen Suche nach Alternativen befasst sich auch die Ausgabe 2-2014 des Stiftungsjournals RosaLux. Wie wirkt sich die Konkurrenz um Wachstum und Profite in Südamerika, Asien und Europa aus? Ist Wachstum aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit weiterhin unumgänglich, oder muss nicht vielmehr aufgrund der endlichen Ressourcen des Planeten die globale Ökonomie unweigerlich schrumpfen? Welche Schritte zu einer gerechten und ökologischen Transformation sind nötig? Darüber schreiben Mario Candeias, Wenke Christoph, Hella Hertzfeldt, Steffen Kühne, Tadzio Müller, John Neelsen, Katharina Pühl, Sabine Reiner, Susanne Schultz, Hans Thie und Silke Veth.

Bestellung unter: bestellung@rosalux.de · Download unter: www.journal.rosalux.de

Tadzio Müller

IST WACHSTUMSKRITIK GLEICH KAPITALISMUSKRITIK?

Willkommen im Anthropozän, willkommen in einem geologischen Zeitalter, in dem die industriell-kapitalistisch beschleunigte (und durch vielerlei Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse zutiefst gespaltene) Menschheit den stärksten aller globalen Veränderungs- und Verschlechterungsfaktoren darstellt. Vom Artensterben zum Klimawandel, vom Übersäuern der Meere zur Vernichtung von Böden – manchmal scheint es, als gäbe es kaum noch Katastrophen, die nicht auf unsere Produktions- und Lebensweisen zurückzuführen sind. Beispiel Klimawandel: Seit Beginn der industriellen Revolution ist die globale Durchschnittstemperatur um fast ein Grad Celsius gestiegen, und angesichts der immer weiter ansteigenden, vom globalen Wirtschaftswachstum verursachten Treibhausgasemissionen steht uns bis zum Ende dieses Jahrhunderts – so die Internationale Energieagentur, aber auch die Wirtschaftsberaterfirma PriceWaterhouseCoopers – vermutlich ein Temperaturanstieg von vier bis sechs Grad Celsius im globalen Durchschnitt bevor. Allerdings bedeutet dies nicht, dass wir bald in Potsdam am Meeresstrand liegen und im Harz Wein anbauen können. Vielmehr erwartet uns möglicherweise das «Umkippen» des globalen Klimasystems von seinem momentanen stabilen in einen «chaotischen» Zustand.

Um diese doch ziemlich abstrakten Aussagen zu veranschaulichen, sei daran erinnert, dass all das, was wir als «menschliche Zivilisation» bezeichnen, sich erst in den letzten rund 10.000 Jahren im sogenannten Holozän entwickelte – also in einer Periode unüblicher klimatischer Stabilität, in der globale Durchschnittstemperaturen sich kaum mehr als zwei Grad um den Mittelwert herum bewegten. Ohne diese Stabilität hätte sich keine sesshafte Landwirtschaft entwickeln können, und eine Welt ohne sesshafte Landwirtschaft wird kaum eine sein, die mehrere Milliarden Menschen ernähren kann. Sie wäre eine Welt, die noch mehr als die heutige geprägt wäre von eskalierenden Ressourcenkonflikten und darauf folgenden Migrationsbewegungen; Bewegungen, die wiederum mit massiver rassistischer Hetze und zunehmend autoritären Regimen in den für den Klimawandel historisch verantwortlichen kapitalistischen Kernländern konfrontiert wären. Diese explosive Mischung würde dann noch zusätzlich angeheizt werden durch immer stärker werdende «extreme Wetterevents», von Fluten bis zu Wirbelstürmen.

Kurz, wer das Problem der Wachstumskritik von der Klimaseite her betrachtet, kann nicht umhinkommen, zu konstatieren: *Auf einem endlichen Planeten kann es kein unendliches Wachstum geben.*

Kernprobleme

So viel zum einfachen Teil des Arguments. Jetzt aber wird's kompliziert, weil sich eine Frage vor allen anderen stellt: Wie kommen wir aus dem, was in der öffentlichen Diskussion gern «Wachstumsspirale», «Wachstumszwang», gar «Wachstumssucht» genannt wird, wieder heraus – und woher kommt der Zwang zum Wachstum eigentlich? Hier differenziert sich die Wachstumskritik – ähnlich wie die Kapitalismuskritik – in verschiedene Spielarten und Unterabteilungen aus. Während die einen den überbordenden Konsumismus vor allem, aber nicht nur der Gesellschaften des globalen Nordens kritisieren, lenken andere die Aufmerksamkeit auf die wachsen-

den Kosten staatlicher Sozialversicherungssysteme, die wir «uns» vermeintlich nicht mehr leisten können – und verfehlen damit, meinen wir, den Kern des Problems.

Dieser kann zuerst historisch erfasst werden: Die (landläufig als «Hockeystickgrafik» bekannte) Kurve, welche die zunehmende Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre abbildet, hat zwei sogenannte Inflektionspunkte, also Punkte, an denen sich die Steigung der Kurve deutlich ändert. Der erste dieser Punkte befindet sich am Beginn der kapitalistischen Industrialisierung Ende des 18. Jahrhunderts. Der zweite liegt zwischen 1930 und 1950, dem Beginn der Globalisierung der fordistischen Massenproduktion. Anders ausgedrückt, der ständige Anstieg der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre korreliert stark mit der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft: Wächst die eine, steigt die andere; schrumpft die eine (wie z.B. in der kurzen Stagnationsphase auf dem Höhepunkt der Finanzkrise 2008 ff.), wächst die andere auch nicht.

Warum aber muss eine kapitalistische Wirtschaft immer wachsen, bei Strafe einer sonst eintretenden Wirtschaftskrise? Hier verläuft sich die Debatte manchmal: Anstatt das Warum zu diskutieren, wird darüber gestritten, wie dieses Wachstum zu messen sei. Dabei wird implizit davon ausgegangen, dass der Grund des ewigen Wachstums in politischen Entscheidungen liegt, die am Ziel eines ständig steigenden Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausgerichtet sind.

Klar, aus ökologischer, ethischer und sozialer Sicht ist das BIP ein denkbar nutzloser Indikator. Gemessen wird das Gesamtvolumen aller Ausgaben für Waren (also Güter und Dienstleistungen) in einem Wirtschaftsraum, was wiederum zu einer Reihe radikal verengter und damit falscher Messungen beziehungsweise Bewertungen führt. So ist das BIP ökologisch blind, insofern es keine «Externalitäten», also keine Folgekosten unserer Produktionsweise für Natur und Gesellschaft misst. Es ist sozial blind, insofern es zum Beispiel steigende Ungleichheit ignoriert. Gleichwohl sind diese Indikatoren makroökonomische Messgrößen; wer denkt, dass PolitikerInnen *wirklich* das Bruttosozialprodukt steigern können, sitzt einem Denkfehler auf. Während die Idee der ökonomischen Globalsteuerung eigentlich erst seit gut 80 Jahren besteht, erst durch Keynes' Konzeptualisierung makroökonomischer Zusammenhänge möglich wurde, begann die zerstörerische Dynamik kapitalistischer Akkumulation natürlich schon lange davor. Die ewige Wachstumsdynamik kapitalistischer Produktion erklärt sich nämlich aus dem mikroökonomischen Verhalten *einzelner* Unternehmen, die vom Marktzwang getrieben werden, heute Geld investieren zu müssen, um morgen mehr Geld wieder herauszubekommen – wer das nicht schafft, geht als Unternehmen unter. Und wenn das nicht bloße Spekulation ist, dann sieht das so aus: Geld => Warenproduktion => Verkauf => mehr Geld, gefolgt von der Reinvestition zumindest eines Teils dieses Geldes. Oder in der Kurzfassung: G – W – G'.

Diese mikroökonomische Gleichung stellt die allgemeine Formel des Kapitals dar; sie drückt den Handlungszwang aus, in dem jede Unternehmerin jeden Tag steckt. Ökologisch betrachtet bedeutet dies, dass der zusätzliche Profit, der jeden Tag erwirtschaftet werden muss, irgendwoher aus «der Natur» kommen muss. Wenn jeden Tag mehr Arbeitskraft mithilfe von mehr Energie mehr Rohmaterialien in Waren verwandelt, dann bedeutet G – W – G' auch einen stetigen Anstieg des globalen Ressourcenverbrauchs (wenngleich dieser nicht linear ist; es macht einen Unterscheid, ob man Aluminium oder Pflegedienstleistungen produziert). Dieses ökonomisch durchaus rationale Verhalten Einzelner führt zur größtmöglichen ökologischen Irrationalität, nämlich der Tendenz zur Überschreitung sogenannter planetarischer Grenzen.

Kapitalismus, grün?

Historisch hängt das eskalierende Klimachaos also eng mit der Entwicklung des kapitalistischen Wachstums zusammen (wobei der Verweis nicht fehlen darf, dass die staatskommunistischen Wirtschaften des Ostblocks mitnichten sorgsamer und ressourcenschonender mit der Natur umgegangen sind; oft waren sie gar noch umweltschädlicher als die des Westens – was aber eher in ihrem Projekt der nachholenden industriellen Entwicklung begründet liegt als in einem inhärenten Wachstumszwang wie in kapitalistischen Wirtschaften). Und warum dieser Zusammenhang bisher immer Bestand hatte, lässt sich theoretisch leicht erklären und wird im Allgemeinen nur von den Verbohrtesten unter den KlimaskeptikerInnen angezweifelt. Doch mündet die Akzeptanz der hier dargelegten Argumente nicht *notwendigerweise* in eine ökologisch begründete Ablehnung des Kapitalismus, denn neben der Verneinung dieser Zusammenhänge gibt es noch eine weitere mögliche Reaktion. Diese Position würde lauten: «Sicher, historisch ist das bisher der Fall gewesen, aber es muss nicht auf ewig so sein, dass der Kapitalismus die Umwelt zerstört – wir sind der Meinung, dass es eine Art grüner Marktwirtschaft geben kann, welche die Dynamik des Kapitalismus produktiv wendet und sie zum Schutz, nicht zur Zerstörung der Umwelt nutzt.» Diese Position wird zum Beispiel von Ralf Fücks vertreten und inspirierte, in abgeschwächter Form, auch die in vielerlei Hinsicht löblichen Konzepte des linken Flügels der Grünen für einen Green New Deal.

Das Zauberwort in diesem Zusammenhang lautet «Entkopplung», nämlich die des wirtschaftlichen Wachstums vom absoluten Ressourcenverbrauch. Die Bewegung G – W – G' würde weiter vollzogen, es würde also immer mehr produziert werden (denn ein einfaches Weniger ist im Kapitalismus nicht zu haben), aber diese sich ausweitende Produktion würde nicht immer mehr Ressourcen verbrauchen, sondern – durch massive Effizienzgewinne und clevere Rahmensetzungen – zur Schonung der Natur beitragen. Und hierin liegt das Problem dieser Agenda, dieses «Projekts» grüner Marktwirtschaft: Während wir jeden Tag Beispiele *relativer* Entkopplung erleben – mehr Rechenleistung in einem kleineren Computer, weniger Benzinverbrauch pro gefahrenem Kilometer etc. –, müsste es eine absolute Entkopplung geben, zum Beispiel einen absolut sinkenden Benzinverbrauch trotz immer zahlreicherer Autos auf den Straßen. Die Weltwirtschaft müsste wachsen, aber der Gesamtressourcenverbrauch sinken. Doch solch eine Entwicklung hat es historisch bisher noch nie gegeben, was die Überzeugungskraft der Position deutlich schwächen sollte. Und wem das nicht ausreicht – zugegebenermaßen ist das Argument «hat's noch nie gegeben» kein guter Grund, um nicht für etwas zu kämpfen, zum Beispiel für «echte Demokratie jetzt!» –, dem sei gesagt, dass es in der Geschichte des Kapitalismus immer wieder massive Effizienzsteigerungen gegeben hat, diese aber nie zu weniger, sondern immer zu noch mehr Ressourcenverbrauch geführt haben, weil sie die Produktion neuer Waren ermöglichten und die Produktion existierender Waren billiger machten. Laptops sind ungleich effizienter als die Großrechner der 1950er und 1960er Jahre. Aber verbraucht die globale Computerflotte deswegen heute weniger Energie, als Computer dies vor 50 Jahren taten? Auf der individuellen Ebene sieht das dann so aus, dass wir zwar weniger Benzin auf 100 Kilometer verbrauchen, deswegen aber mehr Auto fahren, oder dass wir zwar einen effizienteren neuen Kühlschrank haben, den alten aber im Keller weiterlaufen lassen. Denn der Zweck des auch mit weniger Ressourceneinsatz erzielten Profits ist es, ihn zu reinvestieren, um mehr Profit zu erwirtschaften.

Und jetzt?

Festzuhalten wäre also: Erstens, auf einem endlichen Planeten kann es kein unendliches Wachstum des Ressourcenverbrauchs geben, und wir sind schon ziemlich nahe dran an einigen planetarischen Grenzen (z.B. im Klimasystem). Zweitens, die kapitalistische Produktionsweise zwingt Unternehmen, bei Strafe des Untergangs, zu ständiger Akkumulation, was auch ständiges Wachstum des Ressourcenverbrauchs beinhaltet. Drittens kann dieses Problem im Rahmen der herrschenden Produktionsweise nicht gelöst werden, weil massive Effizienzsteigerungen eben nicht zur absoluten Entkopplung führen können. Das bedeutet, viertens, dass jede ökologische Wachstumskritik auch Kapitalismuskritik ist oder zumindest sein sollte.

Es gibt eine Vielzahl von Projekten und Kämpfen, in denen sich interessante Überschneidungen zwischen den Agenden kapitalismuskritischer und wachstumskritischer Bewegungen ergeben könnten. Beispielsweise im Kampf gegen die ständige Ausweitung von Arbeitszeit in unser Alltagsleben hinein und für begrenzte Arbeitszeiten; für den Ausbau der Care-Ökonomie, gegen den Ausbau des industriellen Exportmodells; für den Ausbau des öffentlichen Sektors im Allgemeinen, denn Letzterer steht, trotz allerlei Schwächen, die sich historisch gezeigt haben, nicht unter demselben Wachstumszwang, wie der private Sektor es tut; für einen sozialökologischen Umbau, angefangen etwa mit einem gerechten Kohleausstieg hierzulande; oder für die Vergesellschaftung der Energieversorgung. Wenn die Wachstumskritik praktisch werden will, findet sie in kapitalismuskritischen Bewegungen mit Sicherheit viele MitstreiterInnen.

Allerdings bräuchte es für ein solches Bündnis deutlich mehr als die «Einsicht» innerhalb wachstumskritischer Zusammenhänge, dass der Kapitalismus aus strukturellen Gründen keine Veränderungsperspektiven aus sich heraus entwickeln kann und wird. Es bräuchte eine analoge Einsicht innerhalb linker, antikapitalistischer Zusammenhänge, dass im Kontext der Ressourcenknappheit des Anthropozäns die Wachstumsfixierung einiger linker Gruppen bzw. die Behandlung der ökologischen Frage als Nebenwiderspruch aufhören muss. Wenn Wachstumskritik notwendigerweise Kapitalismuskritik sein muss, dann muss eine Kapitalismuskritik, die ihren globalen, ihren Gerechtigkeitsanspruch ernst nimmt, ebenso wachstumskritisch sein. Erst dann stehen «Umweltfragen» nicht mehr hinter Arbeitsplätzen zurück. Dann darf das kleine Dorf Proschim in Brandenburg nicht dem Koalitionsfrieden geopfert und für die Braunkohle abgebaggert werden. Dann muss endlich, auch von Linken, eingesehen werden, dass es nun einmal auf einem endlichen Planeten kein unendliches Wachstum geben kann.

Kurz, wer das Problem der Wachstumskritik von der Klimaseite her betrachtet, kann nicht umhinkommen, zu konstatieren: Auf einem endlichen Planeten kann es kein unendliches Wachstum geben.

Kristina Dietz

NORD-SÜD-DIMENSIONEN DER WACHSTUMSKRITIK[1]

Wachstums- und Extraktivismuskritik

In den westlichen Industrieländern steht Wachstum – ausgedrückt in der jährlichen Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und gemessen als Gesamtwert aller hergestellten Güter (Waren und Dienstleistungen) in einem Land – seit Langem für soziale Integration, die Lösung immanenter Krisen des Kapitalismus und mehr materiellen Wohlstand für alle. Beleg hierfür sind die Strategien der vergangenen Jahre zur Bearbeitung der Krise in Europa. Ähnliches lässt sich im Globalen Süden beobachten. Auch hier gründete sich die Zauberformel nachholender Entwicklung und Modernisierung im 20. Jahrhundert auf die Vorstellung einer heilsamen Wirkung des Wirtschaftswachstums. Bis heute setzen etwa die Regierungen Lateinamerikas unabhängig von ihrer jeweiligen politischen Couleur darauf, dass wachsende Ökonomien Steuern und Profite abwerfen, formale Arbeit und Einkommen schaffen. Dennoch gerät mit der Zuspitzung sozialökologischer und ökonomischer Krisen der als sakrosankt geltende Zusammenhang zwischen Wohlstand, gutem Leben und Wachstum ins Wanken – im Norden wie im Süden.

Zu dieser Erschütterung haben zwei Dynamiken maßgeblich beigetragen: Auf der einen Seite erzeugen die Krise und die insbesondere in Europa seither geführten wachstumskritischen Debatten «Risse im Gebälk des Wachstumsimperativs».[2] Mehrheitlich ökologisch motiviert, reichen die diskutierten Vorschläge von alternativen Formen des Wachstums und des Wirtschaftens (z.B. grüne Ökonomie oder grünes Wachstum) bis zu radikaleren Transformationen in Richtung von «Post-Wachstumsgesellschaften».[3] Auf der anderen Seite wehren sich seit einiger Zeit unterschiedliche soziale Bewegungen in Lateinamerika gegen den gegenwärtig vorherrschenden Fortschritts- und Entwicklungsimperativ, der zwar nicht ausschließlich, aber wesentlich auf der Ausbeutung von Rohstoffen und Naturelementen basiert. Ziel des kritisierten Entwicklungsweges, der oft als (Neo-)Extraktivismus beschrieben wird, ist es, über Exporteinnahmen aus dem Rohstoffsektor die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern. Die Kritik hieran zielt auf die Fortdauer ausbeuterischer und ungleicher kolonialer Beziehungen im globalen Maßstab, die in Kauf genommene Zerstörung der sozialökologischen und ökonomischen Lebensgrundlagen von Bauern, Indígenas und AfrolateinamerikanerInnen sowie die Ausweitung kapitalistischer sozialer Verhältnisse.[4]

Wachstumskritik als transnationale Herausforderung

Lateinamerikas Ökonomien boomen. Zwischen 2000 und 2010 wuchs das Bruttoinlandsprodukt in der Region im Durchschnitt um jährlich fünf Prozent. Ausgehend von der Annahme, dass sich dieser Trend fortsetzt, sprechen manche von der «lateinamerikanischen Dekade» der Weltwirtschaft. Zwar schwächte sich auch in dieser Region das Wachstum durch die globale Krise in den letzten Jahren etwas ab, liegt aber mit drei Prozent weiter deutlich über dem globalen Trend. Erklären lässt sich die Wachstumskonjunktur unter anderem mit dem globalen Rohstoffboom.[5] Hohe Rohstoffpreise und eine große Nachfrage haben staatliche Einnahmen eben-

so ansteigen lassen wie die Produktions- und Fördervolumen der Rohstoffe selbst. Die Ergebnisse sind – nach Angaben von CEPAL, der UN-Wirtschaftskommission für die Karibik und Lateinamerika – steigende Deviseneinnahmen, ein erneut wachsender Anteil des Primärsektors am BIP und ein hoher Anteil ausländischer Direktinvestitionen (FDI) im Rohstoffsektor. Dieser Trend ist trotz einiger Schwankungen ungebrochen. Am deutlichsten hängt Venezuelas Wirtschaft am «Öltropf»: Nahezu alle Deviseneinnahmen stammen aus dem Ölexport, und mit über 32 Prozent haben Rohstoffe hier – im regionalen Vergleich – den höchsten Anteil am BIP (Chile 19,2 Prozent, Ecuador 15 Prozent, Peru 16,8 Prozent).[6] Den nationalen Regierungen beschert die stabile Wachstumsphase der letzten Jahre dringend benötigte sozialpolitische Handlungsspielräume. Mit der Verteilung staatlicher Mehreinnahmen gelang es, die Armutszahlen bis 2010 auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren zu senken, und Programme wie *bolsa família* (direkte finanzielle Unterstützung extrem armer Familien) in Brasilien oder *renta dignidad* (allgemeine Mindestrente) in Bolivien halfen, die extreme Armut effektiv zu lindern.

Post-Extraktivismus und Post-Wachstum sind zwei Seiten derselben Medaille.

Exemplarisch für dieses Modell rohstoffbasierten Wachstums stehen zum einen jene Länder der Region, die aufgrund historischer Zwänge seit jeher Rohstoffe für den Weltmarkt liefern. Zum anderen findet sich dieses Modell in den Ländern mit linken bzw. Mitte-links-Regierungen, die über sogenannte postneoliberale Maßnahmen (Verstaatlichung von Unternehmen, Nationalisierung der Rohstoffe etc.) die Ressourcenaneignung und deren Export stärker kontrollieren. Mit den Mehreinnahmen werden Programme finanziert, die die Sicherung und Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit zum Ziel haben (etwa in Bolivien, Ecuador, Venezuela). Ein Weitertreiben der extraktivistischen Wachstumslogik zeigt sich jedoch auch in Ländern der Region, deren Wirtschaften stärker diversifiziert (Argentinien, Brasilien) oder deren Regierungen dem rechts-konservativen Lager zuzuordnen sind (v.a. Kolumbien).

Wichtigste Faktoren des weltweiten Anstiegs von Preisen im Rohstoffsektor sind die Vertiefung und Ausweitung ressourcenintensiver und wachstumsbasierter Produktions- und Lebensweisen im Globalen Norden sowie in Teilen der kapitalistischen Semiperipherie. Ulrich Brand und Markus Wissen sprechen in diesem Kontext von einer «imperialen Lebensweise».[7] Dazu kommt der ökonomische Aufstieg mehrerer »Schwellenländer» (u.a. Brasilien) und Chinas als «Werkbank der Welt». Der Großteil lateinamerikanischer Rohstoffexporte wird nach China und Asien geliefert. Schließlich wirkt sich die Tatsache, dass Rohstoffe und ihre Erschließung zunehmend zu Anlagefeldern des Finanzkapitals in Form von Realinvestitionen oder Spekulationen werden, auf die aktuellen Preisentwicklungen aus.

Das auf Export ausgerichtete Modell des (Neo-)Extraktivismus ist vor diesem Hintergrund mehr als nur eine ökonomische Strategie oder eine temporäre Form der Wachstumsbeschleunigung. Durch die zunehmende Abhängigkeit der sozialen Reproduktion vom Zugriff auf die Natur wird diese nicht nur irreversibel zerstört. Es werden auch gesellschaftliche Beziehungen, Erwartungen, Interessen, staatliche Institutionen und Organisationsformen, politische Strukturen, spezifische Formen der Arbeit, Vorstellungswelten und Subjektivitäten geschaffen, die nicht leicht zu überwinden sind. Hiervon ausgehend eine Post-Extraktivismusstrategie zu entwickeln bedeutet, das aktuelle (Re-)Produktions-

modell und die dieses tragenden politischen Strukturen als Ganzes infrage zu stellen; mit Blick auf die breitenwirksamen Erfolge und die transnationale Verflechtung des Modells ist das eine schwierige Aufgabe. Der Weg in eine gerechte, emanzipatorische Post-Extraktivismusgesellschaft in Lateinamerika kann nur durch eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaftsstrukturen in Lateinamerika *und* im Globalen Norden gelingen. Umgekehrt führt auch der Weg in eine Post-Wachstumsgesellschaft nicht allein über gesellschaftliche Transformationen im Globalen Norden. Post-Extraktivismus und Post-Wachstum sind zwei Seiten derselben Medaille; als solches sollten sie auch in den wachstumskritischen Diskussionen behandelt werden.

Die Relevanz lateinamerikanischer sozialer Kämpfe und Debatten

Eine Paradoxie in Lateinamerika besteht darin, dass mit dem intensivierten ökonomischen Zugriff auf Naturreichtümer trotz wichtiger sozialpolitischer Erfolge insbesondere in Ländern mit linken oder linksliberalen Regierungen häufig *gegen* die Interessen jener gesellschaftlichen Akteure gehandelt wird, die in den 1980er und 1990er Jahren den Widerstand gegen den neoliberalen Konsens, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, die Vertiefung sozialer Ungleichheiten und die Liberalisierung des Handels maßgeblich getragen und damit Regierungswechsel (in Venezuela, später Bolivien, Ecuador Brasilien) und Verfassungsreformen eingeleitet haben: Organisationen von Kleinbauern und -bäuerinnen, Landlosenbewegungen, indigene und afrolateinamerikanische Bewegungen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass der aktuell wachsende Widerstand gegen die Erschließung neuer (unkonventioneller) Erdöl- und Gasvorkommen, gegen Bergbauprojekte, gegen die Ausweitung des Agrobusiness und der Gentechnik, gegen Megastaudämme und gigantische Infrastrukturprojekte erneut von ebendiesen Akteuren ausgeht. Diese Kämpfe sind für wachstumskritische Debatten insgesamt von großer politischer Bedeutung, denn mit Kämpfen um den Zugang zu Land, um territoriale Selbstbestimmung, die Anerkennung erkämpfter politischer, sozialer und kultureller Rechte werfen «sie die Frage nach dem Kern antikapitalistischer und emanzipatorischer Projekte» neu auf.[8] Es geht eben nicht nur darum, wie die Gewinne oder die sozialökologischen Lasten des Bergbaus, des Sojaanbaus, der Megastaudämme etc. verteilt werden. Vielmehr werden hier das Entwicklungs-, Wohlstands- und Akkumulationsmodell sowie die dominanten Naturverhältnisse der kapitalistischen Moderne als solche infrage gestellt. Denn trotz aller Transformationen und Umwälzungen ist es auch den «progressiven» Regierungen der Region nicht gelungen, sich von diesen zu lösen.

Zentrale Bezugspunkte der Debatten und Kämpfe sind die Idee der Post-Extraktivismusgesellschaften und das Konzept des Guten Lebens *(buen vivir)*. Erstere lassen sich als Gesellschaften fassen, in denen die zentralen Strukturen und Institutionen gesellschaftlicher Reproduktion und politischer Ordnung nicht mehr auf einer übermäßigen Ausbeutung der Rohstoffe mit dem Ziel des Exports basieren. Das von Indigenen stammende Konzept des *buen vivir* bildet den Horizont für ein auf Emanzipation zielendes Gegenmodell zu westlichen Entwicklungs- und Modernitätsvorstellungen. Grundlegend ist ein holistisches Verständnis von Mensch-Umwelt-Beziehungen, eine Vorstellung sozialer Beziehungen basierend auf Gegenseitigkeit und Solidarität, sowie eine Kritik am kolonialen Charakter westlicher Lebensformen und Wachstumsvorstellungen. In den lateinamerikanischen Debatten geht es daher nicht darum, alternative Entwicklungswege zu beschreiten, sondern um Alternativen zur Entwicklung. Damit gemeint ist ein radikaler

Bruch mit der Idee eines immerwährenden Fortschritts, der Vorstellung linearer gesellschaftlicher Entwicklung und der westlichen Idee der Naturbeherrschung.

Ein geteilter Bezugspunkt kollektiven Handels in aktuellen sozialen Kämpfen in der Region ist häufig das «Territorium» in einem weitgefassten Sinne. Territoriale Kämpfe drehen sich um die Frage, wer politische und ökonomische Macht im Raum ausübt, mit welchen Mitteln, wodurch legitimiert und verbunden mit welchen politischen Ordnungs- sowie sozialen und kulturellen Organisationsvorstellungen. Ländliche Gebiete, in denen Bergbauaktivitäten oder der Gensojaanbau ausgeweitet werden und in denen sich Landbesitz in den Händen weniger konzentriert, oder städtische (Armen-)Viertel, die ökonomisch aufgewertet und staatlich überwacht werden, sind nicht nur territoriale Verwaltungseinheiten eines übergeordneten politischen Gemeinwesens. Sie sind Räume, in denen um politische Selbstbestimmung, Partizipation und Anerkennung sowie um grundlegende soziale Rechte wie Zugang zu Land und Wasser oder Ernährungssouveränität gekämpft wird. Es ließe sich sagen, dass in aktuellen sozialen Kämpfen «ums Territorium» in Lateinamerika eine andere gesellschaftliche und demokratische Praxis zur Disposition steht, denn es geht bei der Besetzung von Land mit dem Ziel der Zugangssicherung und der Umverteilung, bei der Blockade von Straßen mit dem Ziel, eine bergbauliche Erschließung zu verhindern, oder bei der Besetzung von Häusern mit dem Ziel der Wohnraumsicherung nicht nur um materielle Fragen, sondern auch um die Schaffung von Räumen, in denen Alternativen zur Entwicklung überhaupt erst entworfen werden können. Wie das gegenwärtig in Lateinamerika geschieht, das könnte Hinweise darauf geben, «wie sich antikapitalistische Politik jenseits großer Theoriedebatten konkret weiterentwickelt hat und sich neue strategische Möglichkeiten eröffnen lassen».[9]

Das aus Lateinamerika stammende Konzept des *buen vivir* bildet den Horizont für ein auf Emanzipation zielendes Gegenmodell zu westlichen Entwicklungs- und Modernitätsvorstellungen.

1 In der hier vorliegenden Version haben wir auf eine ganze Reihe von Literaturverweisen und Referenzen verzichtet; eine Langfassung des Texts mit sämtlichen Fußnoten und Literaturverweisen findet sich unter: www.rosalux.de/degrowth. **2** Brand, Ulrich: Die Wachstums-Enquete: Parlamentarische Sackgasse?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2012, S. 18. **3** Vgl. Brand, Ulrich: Kapitalistisches Wachstum und soziale Herrschaft. Motive, Argumente und Schwächen aktueller Wachstumskritik, in: PROKLA 2/2014. **4** Vgl. Lang, Miriam/López, Claudia/Santillana, Alejandra (Hrsg.): Alternativas al capitalismo/colonialismo del Siglo XXI. Quito 2013. **5** Weitere Erklärungen sind die wachsende Integration in den Weltmarkt sowie ein Anstieg des Binnenkonsums. **6** Vgl. Matthes, Sebastian: Eine quantitative Analyse des Extraktivismus in Lateinamerika. OneWorld Perspectives, Working Paper 02/2012, Universität Kassel. **7** Vgl. Brand, Ulrich/Wissen, Markus: Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zur Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse, in: Demirović, Alex et al. (Hrsg.): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg 2011, S. 77–94. **8** Zelik, Raul: Radikaler Reformismus, produzierende Bewegung. Aneignungs- und Transformationsstrategien in Landlosenkämpfen, in: Backhouse, Maria et al. (Hrsg.): Die globale Einhegung – Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus. Münster 2013, S. 57. **9** Ebd., S. 67

ZUM WEITERLESEN

Sybille Bauriedl/Christa Wichterich: Ökonomisierung von Natur, Raum, Körper. Feministische Perspektiven auf sozialökologische Transformationen, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin 2014. www.rosalux.de/publication/40684/

Adelheid Biesecker/Christa Wichterich/ Uta v. Winterfeld: Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Hintergrundpapier, Bremen u. a. 2012. www.rosalux.de/publication/38838/

Ulrich Brand: Schöne grüne Welt. Über die Mythen der Green Economy, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, luxemburg argumente 3, 3., überarb. Auflage, Berlin 2013. www.rosalux.de/publication/38335/

Ulrich Brand/Katharina Pühl/Stefan Thimmel: Wohlstand – wie anders? Linke Perspektiven. Bewertung der Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität», hrsg. von Ulrich Brand, Katharina Pühl und Stefan Thimmel im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte – Neue Folge 5, Berlin 2013. www.rosalux.de/publication/39525/

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika und Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Der neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika, Berlin 2012. www.rosalux.de/publication/38198/

Eduardo Gudynas: Buen Vivir. Das gute Leben jenseits von Entwicklung und Wachstum, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin 2012. www.rosalux.de/publication/38264/

Dieter Klein: Kein Wachstum – der schwierige Fortschritt künftiger Transformation, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 16/2011. www.rosalux.de/publication/37548/

Permanent Working Group on Alternatives to Development: Beyond Development. Alternative Visions from Latin America, Quioto/Amsterdam 2013. www.rosalux-europa.info/events_en/beyond-development-rls-tni-2013

Zeitschrift LuXemburg

Heft 3/2012
«Grüner Sozialismus»
www.zeitschrift-luxemburg.de/gruner-sozialismus-luxemburg-312-ist-erschienen/

Heft 4/2012
«Reproduktion in der Krise»
www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2013/07/LUX_1204_klein.pdf

Heft 2/2013
«Es reicht»
www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2013/11/LUX_1302_INNEN_klein.pdf

VERZEICHNIS DER AUTORINNEN UND AUTOREN

Kristina Dietz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin und ist aktiv im Arbeitsschwerpunkt «Gesellschaftliche Naturverhältnisse» (GesNat) der BUKO.

Norbert Reuter ist Ökonom im Bereich Wirtschaftspolitik beim Bundesvorstand der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und war Sachverständiger in der Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität» des Deutschen Bundestages.

Christa Wichterich ist Soziologin und Beraterin in der Entwicklungszusammenarbeit. Derzeit lehrt sie als Gastprofessorin für Geschlechterpolitik am Fachbereich Politikwissenschaften an der Universität Kassel.

DIE REDAKTIONSGRUPPE DEGROWTH SIND:

Steffen Kühne ist Referent für Nachhaltigkeit und sozialökologischen Umbau in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Tadzio Müller ist Referent für Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Katharina Pühl ist Referentin für feministische Gesellschafts- und Kapitalismusanalyse in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Stefan Thimmel ist Referent für Öffentlichkeitsarbeit in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Impressum

MATERIALIEN wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Martin Beck
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, www.rosalux.de
Foto: Christian Ditsch
Layout/Herstellung: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, 100 % Recycling
Berlin, August 2014

Klar ist: Die eine und allein gültige linke Position zum Wachstum gibt es nicht. Interessengegensätze machen den Versuch einer einheitlichen Intervention in wachstumskritische Debatten unmöglich; konkrete Impulse für politisches Handeln sind entsprechend rar. Hier fehlt es dem grundsätzlichen Willen zum Wandel an strategischer Unterfütterung.